

Ökumene gewinnt Profil (III)

Zum Beispiel Ökumene in Berlin

Wer über Ökumene in Berlin (West) berichten will, kommt nicht umhin, den 31. Oktober 1817 zu erwähnen, wenn er sich nicht dem Vorwurf der Geschichtslosigkeit aussetzen will. Beginnen wir also in der Hauptstadt Preußens mit einem Aufruf des damaligen lutherischen Propstes Hanstein: „Wir wollen in Gottes Namen eins sein, uns nicht mehr lutherische oder reformierte, sondern evangelische Prediger nennen und in einer gemeinsamen Abendmahlsfeier vor den Gemeinden unserer Stadt und des Vaterlandes Zeugnis und Bekenntnis dessen ablegen.“ Während der Reformations-Jubelfeier des Jahres 1817 kam es in der Nikolaikirche zu Berlin in Anwesenheit Seiner Majestät Friedrich-Wilhelms III. – der selber nicht am Abendmahl teilnahm – zur Interkommunion von Lutheranern und Reformierten, Geistlichen wie Laien. Das war die Geburtsstunde der Evangelischen Kirche der Union – ein erster Ansatz ökumenischen Handelns in Preußen. Der Redlichkeit halber wird man erwähnen müssen, daß nicht nur die Kirchenfunktionäre dieses Unionswerk vorangetrieben haben. Der preußische König hatte – sicher nicht nur aus geistlichen Gründen – ein großes Interesse am Zusammengehen der bis dahin getrennten protestantischen Konfessionen. Der vielbeschworene und vielzitierte preußische Geist – von dem manche sagen, er sei auch heute noch in beiden Teilen Berlins spürbar – hatte also neben weniger erfreulichen Tugenden auch eine ökumenische Komponente.

Ob es nun an dem eben erwähnten „preußisch-ökumenischen“ Geist liegt oder ob das Wirken zweier Wegbereiter des Ökumenischen Rates der Kirchen in Berlin – nämlich Friedrich Siegmund-Schultzes und Dietrich Bonhoeffers – Früchte getragen hat oder ob gar die Tatsache, daß der Berliner Bischof Otto Dibelius als erster Deutscher zu einem der sechs Präsidenten des ÖRK gewählt wurde, eine Rolle gespielt hat – jedenfalls hat sich Berlin – nun wieder West – den Bemühungen um innerstädtische ökumenische Beziehungen gegenüber sehr aufgeschlossen gezeigt.

Es liegt sicher nicht allein an dieser Vorgeschichte, daß in Berlin manches anders ist als in der Bundesrepublik. In Berlin haben sich die verschiedenen

Kirchen und Gemeinschaften nicht zu einer Arbeitsgemeinschaft christlicher Kirchen (ACK) zusammengeschlossen, sondern zum Ökumenischen Rat Berlin (ÖRB). Bis auf ganz wenige Ausnahmen (z. B. weil der Sitz von Kardinal Meisner in Ostberlin liegt) sind die Mitgliedskirchen im ÖRB durch ihre geistlichen Leiter repräsentiert. Dadurch erhalten die Beschlüsse des ÖRB eine größere Verbindlichkeit, die Veranstaltungen und Stellungnahmen ein besonderes Gewicht.

Diese besondere Struktur des ÖRB verhindert allerdings nicht, was auch andernorts schmerzlich vermerkt wird. Es scheint manchmal so, als ob zwischen der „Spitzenökumene“ und der „Basisökumene“ ein garstiger Graben besteht. Die „Spitzenökumene“ klagt bisweilen darüber, daß die Ergebnisse ökumenischer Gespräche von der Basis nicht rezipiert werden, und die Basis beschwert sich nicht selten darüber, daß die kirchenleitenden Persönlichkeiten den ökumenischen Enthusiasmus bremsen und volle ökumenische Gemeinschaft (Sonntagsgottesdienst, Abendmahlsgemeinschaft) eher hindern als fördern.

Der ÖRB (heute 18 Mitgliedskirchen) hat bei seiner Gründung im Jahr 1970 als Aufgabe und Ziel formuliert: Die Kirchen und Gemeinschaften „wollen der Gemeinschaft der Kirchen in Zeugnis und Dienst Gestalt geben. Sie tun dies im Glauben an den einen Herrn Jesus Christus, der das Haupt seiner Gemeinde und der Herr der Welt ist“.

Der ÖRB hat sein Arbeitsorgan, das Ökumenisch-Missionarische Zentrum (ÖMI), beauftragt, Impulse und Anregungen für eine lebendige Gemeindeökumene zu geben. Die Schwierigkeiten bei der Verwirklichung dieses Auftrages liegen in der Struktur des ÖRB selbst. Auch wenn Synoden und andere Entscheidungsgremien über die Mitarbeit ihrer jeweiligen Kirche im ÖRB beschlossen haben, verdankt der ÖRB seine Existenz nicht dem Mandat der Mitglieder in den Ortsgemeinden, sondern der Initiative einzelner ökumenisch engagierter Christen. Die Mitglieder des ÖRB sind bei ihren Entscheidungen mehr an die Beschlüsse ihrer jeweiligen Entscheidungsgremien gebunden als an die Wünsche, Vorstellungen und Ideen von einzelnen oder Gruppen an der Basis. Dennoch ist der ÖRB bemüht, die Impulse, die von der Basis kommen, aufzunehmen.

Während der 15 Jahre des Bestehens des ÖRB hat es eine große Anzahl von ökumenischen Gottesdiensten, Seminaren, Tagungen, Bibelstunden, Gesprächen usw. gegeben. Ein Geflecht von bilateralen und multilateralen Beziehungen zwischen den einzelnen Mitgliedskirchen hat sich entwickelt. In zunehmendem Maße arbeitet der ÖRB mit den Akademien, Bildungswerken, Ausbildungsinstituten und Jugendwerken der verschiedenen Kir-

chen zusammen. Zunehmend erkennen die Mitgliedskirchen des ÖRB, daß die aus der Großstadtsituation entstehenden Probleme nur noch gemeinsam bewältigt werden können. Die „Tagesordnung der Stadt“, wie z. B. die Situation der ausländischen Mitbürger, die Hausbesetzerproblematik, die sog. neuen oder Jugendreligionen, die zunehmende Säkularisierung, waren und sind Gegenstand der Beratungen des ÖRB.

Der ÖRB erhebt keinen ökumenischen Monopolanspruch, sondern erkennt dankbar an, daß in der Stadt Ökumene in vielfältiger Weise gelebt wird. Die ökumenischen Aktivitäten in den Ortsgemeinden und in den Gruppen verschiedenster Prägung sind unüberschaubar geworden. Sie reichen von ökumenischen Friedensprozessionen über Feste bis hin zum Pastorenfrühstück in ökumenischer Gemeinschaft. Das Ökumenisch-Missionarische Institut versucht im Auftrag des ÖRB dieses Miteinander von Christen in der Stadt zu begleiten, zu unterstützen und zu ermutigen, Arbeitsmaterialien zur Verfügung zu stellen, Informationen zu geben, Referenten zu vermitteln usw.

Im folgenden sollen einige Schwerpunkte der Arbeit des ÖRB bzw. des ÖMI dargestellt werden.

I. Internationale Kontakte

Die besondere Lage Berlins macht internationale Kontakte nicht selbstverständlich. Die einen bezeichnen Berlin als eine „selbständige politische Einheit“, die anderen betrachten es als einen Teil der Bundesrepublik. Das macht vor allem die Beziehungen des ÖRB zu ökumenischen Organisationen in den sozialistischen Ländern nicht leichter. Dennoch ist es gelungen, Beziehungen zu ökumenischen Zusammenschlüssen in der CSSR und Polen sowie zu verschiedenen Kirchen in der Sowjetunion herzustellen.

a) Sowjetunion

Vom 29. September bis 6. Oktober 1979 besuchte erstmalig eine ökumenische Delegation aus der Sowjetunion den Ökumenischen Rat Berlin. Die von dem Metropoliten Sergej aus Odessa geleitete Gruppe bestand aus drei orthodoxen, zwei baptistischen und je einem lutherischen und armenischen Vertreter. Gottesdienste – teils nach orthodoxem Ritus in der russischen Auferstehungskathedrale, teils nach evangelischem oder katholischem Ritus – gehörten ebenso zum Programm wie Begegnungen mit Ortsgemeinden, Besuche von Gedenkstätten des Widerstandes und ausführliche

Gespräche mit Repräsentanten von Kirche und Staat. Beide Seiten mußten erst behutsam studieren, in welcher Form der Umgang miteinander praktikabel war. Die auf beiden Seiten vorhandenen Vorverständnisse – um nicht zu sagen Vorurteile – wurden besonders dann sichtbar, wenn es um politische Fragen ging. Vor allem bei Gesprächen mit Gemeindegliedern und mit Pressevertretern wurde deutlich, daß auf Westberliner Seite viele falsche Vorstellungen über die Situation der Kirchen in der Sowjetunion herrschten – und bis heute herrschen.

Manchmal sind wir mit den Wertmaßstäben schnell zur Hand – mit westlichen Wertmaßstäben wohlgemerkt. Die Nachricht, die von der Pressekonzferenz ihren Weg über die Westberliner Agenturen und Blätter nahm, lautete im Kern: Sowjetische Kirchenvertreter bestreiten religiöse Verfolgung. Metropolit Sergej wurde zitiert: Das Gesetz schütze die Konfessionen und werde von den Kirchen des Landes akzeptiert. Christen, die sich im Gefängnis befinden, werden andere, meist kriminelle Dinge angelastet. Es war für die Westberliner nicht leicht zu verstehen, daß die sowjetischen Vertreter das Gesetz des Staates akzeptieren, nach dem sich Kirchen und Gemeinden registrieren lassen müssen. Wer sich der Registrierung verweigert, wird im Sinne dieser Rechtsbegrifflichkeit schnell „kriminell“, weil er dann leicht gegen andere Gesetze und Verordnungen verstößt – z. B. das Versammlungsgesetz. Aus westlichem Freiheitsverständnis heraus ist hier die freie Religionsausübung, die das Grundgesetz der Sowjetunion garantiert, nicht gegeben. Für die Gläubigen in der Sowjetunion aber ist das die Lebenswirklichkeit, die sie umgibt. Die allermeisten Kirchen tragen dem Rechnung: Sie sind registriert und haben, heißt es, hinter der Kirchentür alle religiösen Freiheiten. Die Kirchentüren aber – so sagte es der baptistische Vertreter – stehen allen offen. Daß auch immer wieder Außenstehende eintreten, daß die Taufen zunehmen und die Zahl der Gemeindeglieder wächst, sei das Ergebnis einer „Mission von Herz zu Herz“, die sich im Alltag und am Arbeitsplatz der einzelnen Christen ohnehin ergäbe.

Es war wohl das Ergebnis der vielen Fragen von Westberliner Seite, daß die zweite ökumenische Delegation, die im Herbst 1983 nach Westberlin kam, einen Film über das religiöse Leben in der Sowjetunion mitbrachte. Der von staatlichen Stellen gedrehte Film war ausgezeichnet gemacht und zeigte in eindrucksvoller Weise nicht nur etwas vom Leben der christlichen Kirchen, sondern auch der jüdischen und muslimischen Gemeinden. Die zweite Delegation, die aus je einem orthodoxen, baptistischen, lutherischen und katholischen Vertreter bestand, wurde von dem jetzigen Exarchen für Berlin und Mitteleuropa, Erzbischof Feodosij, geleitet.

Die Informationen über Leben und Lage der Kirchen hüten und drüben waren beide Male nur *ein* Schwerpunkt bei diesen ökumenischen Begegnungen. Bei der ersten Begegnung standen Fragen der Spiritualität, des Gottesdienstes und des Kirchenverständnisses im Mittelpunkt eines Seminars. Die Besucher äußerten sich sehr befriedigt darüber, daß der Besuch eine Tagung über die „Göttliche Liturgie“ einschloß, „deren Behandlung im ökumenischen Bereich von erstrangiger Bedeutung sein muß, denn das Christentum ist in erster Linie eine liturgische Religion“ (Professor Soiko).

Bei der zweiten Begegnung, die am Vorabend der Stationierung der neuen Raketengeneration auf dem Boden der Bundesrepublik stattfand, ging es natürlich immer wieder um die Verantwortung der Christen für den Frieden der Welt. In Westberlin sind die Beziehungen zu den christlichen Gemeinden der westlichen Alliierten schon seit langem sehr gut. Ökumenische Kontakte mit Frankreich, Großbritannien und den USA gehören sozusagen zur Tagesordnung. Die Beziehungen zu den Christen in der Sowjetunion sind dagegen spärlicher. Politische Ereignisse, wie die Teilung der Stadt und der Bau der Mauer, erklären nur zum Teil den manifesten Antikommunismus beim größten Teil der Bevölkerung und damit der Gemeindechristen. Durch eine bestimmte Presse, die in Westberlin den Zeitungsmarkt dominiert, wurde im Blick auf die Sowjetunion ein Feindbild aufgebaut, das bewußt oder unbewußt die menschlichen Begegnungen mit den Besuchern prägt. Immer wieder wurde gegenüber den Besuchern geäußert, sie würden nur die halbe Wahrheit sagen. So rosig, wie sie es darstellten, sei doch die Lage der Christen in der Sowjetunion nicht. Dennoch, daß Vorurteile abgebaut werden können, daß feste Feindbilder ins Wanken geraten können, haben die beiden Besuche deutlich gemacht. Viel Versöhnungsarbeit liegt noch vor uns. Ökumenische Begegnungen können dazu einen guten Beitrag leisten. Ein Gegenbesuch von Vertretern des Ökumenischen Rates Berlin, der für November 1982 abgesprochen war, mußte damals wegen des Todes von Leonid Breschnew kurzfristig abgesagt werden.

b) *Tschechoslowakei*

Im Mai 1983 gelang es erstmalig, eine offizielle ökumenische Delegation aus der CSSR in Westberlin zu begrüßen. Fünf Vertreter der damals noch getrennten Ökumenischen Räte in der Tschechei und der Slowakei folgten der Einladung des ÖRB.

„Die Machtlosigkeit der Kirche macht ihr Zeugnis wieder glaubhaft. Die Theologie der alten ‚Brüder‘ war die Theologie der Machtlosigkeit. Seit wir diese Theologie wieder entdeckt haben, stellen wir fest, daß unser Zeugnis auch bei den jungen Menschen, die in einer säkularisierten Welt aufgewachsen sind, wieder Interesse findet.“ Solche Sätze klangen in unseren Ohren ungewohnt und herausfordernd; denn ein Bekenntnis zur Machtlosigkeit ist trotz Mitglieder- und Einkommenschwund bei den deutschen Großkirchen zur Zeit wohl nicht denkbar. Dieses Bekenntnis, so Professor Ondra von der Comenius-Fakultät Prag, sei das Ergebnis eines Prozesses der Selbstbesinnung auf die Sünden der Väter. Der Paternalismus der Kirche in der Vergangenheit habe zum gegenwärtigen Säkularismus und Atheismus wesentlich beigetragen. Ein neuer Anfang könne nur „aus der Buße kommen“. Ehe die Kirchen berechtigt seien, Ratschläge in gesellschaftspolitischen Fragen zu erteilen, müßten sie erst einmal die „bittere Suppe der Sünden der Väter“ auslöffeln.

Programme für Besucher aus der Ökumene ähneln sich ja häufig. Der Ökumenische Rat Berlin legt großen Wert darauf, den Gästen keine besonders gelungenen Projekte „vorzuführen“, sondern sie mit der alltäglichen Wirklichkeit der Gemeinden vertraut zu machen. So liegt immer ein besonderes Gewicht auf den Besuchen in den Ortsgemeinden. Angesichts der Spannungen und Probleme, die unsere Welt zerreißen, habe dieser Freundschaftsbesuch einen hohen Stellenwert gehabt, sagte der Leiter der Delegation, Dr. M. Hajek von der Kirche der Böhmisches Brüder, zum Schluß des Besuches. Jeder persönliche Kontakt sei ein kleiner, aber wirkkräftiger Beitrag zur Überwindung des Ost-West-Gegensatzes.

Mit einem blinden Antikommunismus und mit vom politischen Kalkül bestimmten Interventionen von außen würde man den Kirchen in der CSSR einen Bärendienst erweisen. Die Christen in der CSSR seien nicht Gegner der sozialistischen Gesellschaft. Die zwischen Staat und Kirche auftretenden Probleme versuche man mit den Mitteln des Gesprächs zu lösen, ohne dabei auf Hilfe von außen angewiesen zu sein.

Übereinstimmend erklärten die Gäste zum Schluß, daß das „Gemeinsame zwischen den Christen in der CSSR und Westberlin die Unterschiede bei weitem überwiegt“. Der einmal beschrittene Weg des Kontaktes müsse in Zukunft ausgebaut werden; denn Christen seien vielleicht die einzigen, die fähig sind, ideologische und politische Gräben zu überbrücken und so ihr Teil zum Abbau von Feindbildern beizutragen, damit Vertrauen wachsen könne.

Der Gegenbesuch des Ökumenischen Rates Berlin fand im Oktober 1984 statt. Auch hier war es das erste Mal, daß Kirchenvertreter aus Westberlin offiziell in die CSSR eingeladen waren. Bischof Dr. M. Kruse, der Vorsitzende des ÖRB, leitete die achtköpfige Gruppe, die Prag, Bratislava und Umgebung besuchte.

Uns Berliner beeindruckte besonders, daß die Gottesdienste, an denen wir teilnahmen, überwältigend gut besucht waren im Vergleich zu dem, was wir in Berlin gewohnt sind. In der Kirche „Sankt Martin an der Mauer“ fanden sich zum Gottesdienst viele Jugendliche ein, obwohl der Gottesdienst in traditioneller Form gefeiert wurde. In den drei lutherischen Gemeinden in Bratislava besuchen jeden Sonntag 50 Prozent aller Gemeindeglieder die sieben Gottesdienste. Uns beeindruckte nicht nur die Menge der Besucher, sondern auch die Lebendigkeit der Gottesdienste.

In einer Situation, in der die Kirchen keine diakonischen Einrichtungen unterhalten und keinen Zugang zu den Medien haben, wird die Praxis der Kirche zum Instrument der Mission. Im Bekenntnis des einzelnen und in der praktizierten Nächstenliebe wird der Missionsauftrag Christi erfüllt.

An vielen Stellen war für uns spürbar, daß die Wunden, die die Gegenreformation geschlagen hatte, noch nicht geheilt sind. Seit dem Toleranzpatent von 1781 haben die protestantischen Kirchen wieder einen offiziellen Status. Während der Gegenreformation hatte sich das Verhältnis von 80 Prozent Protestanten zu 20 Prozent Katholiken in das genaue Gegenteil verkehrt. Dies und anderes sind Gründe dafür, daß ökumenische Kontakte zur katholischen Kirche, die für uns so selbstverständlich sind, nur zurückhaltend und zögernd aufgenommen werden. Bei der Begegnung mit Professoren der ökumenischen Comenius-Fakultät und der Hus-Fakultät wurde ein offener und fruchtbarer Dialog über aktuelle pädagogische und theologische Fragestellungen geführt. Dabei wurde unter anderem deutlich, daß der von Hromádka und anderen intensiv geführte Dialog mit den Atheisten bei den jetzigen Studenten auf eine gewisse Reserve stößt.

In einem ganztägigen Seminar über die Perspektiven der ökumenischen Bewegung beschäftigte uns die Frage, wie das, was im ÖRK geschieht, von den Gemeinden rezipiert werden und ins Bewußtsein der Kirchen dringen kann. Gemeinsam wurden folgende Probleme gesehen:

- Die ökumenische Bewegung hat fast alle aktuellen Weltprobleme aufgenommen. Die außerordentliche Breite der Themen, mit denen man sich beschäftigt, wirft die Frage auf, ob der ÖRK damit nicht personell und finanziell überfordert ist.

- Die theologische Arbeit des ÖRK hat an Tiefe gewonnen. Die Lima-Texte geben davon Zeugnis. Offen ist die Frage, ob diese zur Entwicklung einer ökumenischen Theologie oder aber zu einer stärkeren Konfessionalisierung führen wird.
- Die Differenziertheit der Mitglieder im ÖRK führt zu der Frage, ob die kleinen Kirchen und die neuen Theologien genug Gehör finden. Zur Intensivierung des Kontaktes zwischen den Kirchen in der CSSR und in Westberlin wurde vereinbart, an einem gemeinsamen Thema zu arbeiten, sich in regelmäßigen Abständen durch Briefe oder Kuriere darüber zu verständigen und es zum Ausgangspunkt eines nächsten Treffens zu machen. Es wurde vereinbart, über „die Harmonie zwischen eschatologischem Glauben und sozialem Ethos“ zu arbeiten. In Westberlin hat sich inzwischen eine feste Gruppe gebildet, die das Thema aufgenommen hat.

Die ökumenischen Beziehungen zwischen Westberlin und der CSSR sind sicher auch eine Hilfe bei den sich entwickelnden Kontakten auf kommunaler Ebene zwischen dem Bezirk Neukölln und einigen Städten in der Tschechoslowakei.

c) *Polen*

Die eingangs erwähnten Kontakte zum Polnischen Ökumenischen Rat sind noch im Werden. Zwischen der Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste und der Evangelischen Akademie Berlin einerseits und dem Polnischen Ökumenischen Rat andererseits bestehen schon seit Jahren intensive Beziehungen. Auch viele Mitgliedskirchen des ÖRB stehen in einem engen Kontakt zu ihren Schwesterkirchen. Aber auf der Ebene der Ökumenischen Räte kommt es erst im Mai 1985 zu einer ersten Begegnung. Dabei wird es vorrangig um gegenseitige Information und um die Entwicklung von Vorstellungen zu einer künftigen engeren Zusammenarbeit (u. a. hinsichtlich eines Austauschs von Theologiestudenten/innen) gehen.

Auf dem Hintergrund der jüngsten Verlautbarungen der Vertriebenenverbände hat dieser Besuch natürlich auch politische Aspekte. Der ÖRB will seinen Besuchern das Bewußtsein geben, daß er in der Versöhnungsarbeit eine seiner vordringlichen Aufgaben sieht.

d) *Lateinamerika*

Das Berliner Missionswerk (BMW) arbeitet eng und engagiert mit den Partnerkirchen in Afrika, im Nahen und Fernen Osten zusammen. Da die

Arbeit des BMW stark gemeindebezogen ist, haben die meisten evangelischen Gemeinden bzw. Kirchenkreise in Westberlin partnerschaftliche Beziehungen vor allem zu afrikanischen Kirchen entwickelt. Auf diese Weise sind viele Gemeindemitglieder über die Situation, die Nöte und Kämpfe ihrer Mitchristen in Afrika und Asien gut informiert.

Lateinamerika dagegen war und ist für viele Christen noch ein „weißer Fleck“ auf der Landkarte ihres Bewußtseins. Mit der Zustimmung des ÖRB hat das Ökumenisch-Missionarische Institut in den letzten Jahren eine Lateinamerika-Arbeit aufgebaut.

Die zunehmende Verschärfung der sozio-ökonomischen und politischen Spannungen in Lateinamerika, die unzähligen Menschenrechtsverletzungen und die von den Militärregierungen vertretene Ideologie der „Nationalen Sicherheit“ haben Theologen und Laien aller dortigen Kirchen zu einem Neuansatz der theologischen Reflexion genötigt, der sich in Bezeichnungen wie „Theologie der Befreiung“, „Theologie des Exodus“, „Theologie des Kontextes“ oder „Theologie der Gefangenschaft“ niederschlägt. Dieser neue Ansatz, von den Aussagen der Heiligen Schrift her Antwort auf die Frage nach den Ursachen der existierenden Ungerechtigkeit und nach möglichen Wegen zu einer neuen Gerechtigkeit zu finden, hat dazu geführt, daß sich die Kirchen in Lateinamerika in zunehmendem Maße auf die Seite der Armen gestellt haben. Eine Entwicklung, die in der Bundesrepublik und Westberlin einerseits auf enthusiastische Zustimmung und andererseits auf Ablehnung stößt. Auswirkungen dieses Neuansatzes und der daraus gezogenen Folgerungen für das konkrete Handeln der Christen sind in unserer theologischen Diskussion nicht zu übersehen. Die Weltmissionskonferenz in Melbourne hat deutlich gemacht, daß die Theologen aus Lateinamerika ihre Stimme immer lauter erheben und von uns nicht überhört werden dürfen. Zu einer angemessenen Auseinandersetzung mit ihnen fehlt uns aber vielfach noch das nötige Hintergrundwissen.

Wir halten es deshalb für wichtig, daß die Vorgänge auf dem unruhigen Kontinent stärker ins Bewußtsein der Gemeindeglieder dringen, und für verhängnisvoll, wenn nur ein kleiner Kreis engagierter Initiativ-, Solidaritäts- und Dritte-Welt-Gruppen sich mit den Ereignissen in Lateinamerika beschäftigt. So waren wir im ÖMI der Überzeugung, daß es notwendig ist, Pastoren, Priester und engagierte Laien aus Lateinamerika bei uns zu Wort kommen zu lassen, um als Betroffene über ihre Situation zu berichten, ihre Überlegungen und Ziele darzustellen und ihre Erwartungen an die Christen unserer Stadt zu artikulieren.

Wir haben uns im Rahmen der Lateinamerika-Arbeit bemüht, den Ver-

suchungen des „Ökumene-Tourismus“ nicht zu erliegen; m. a. W., wir sind nicht gereist, sondern wir haben „reisen lassen“. Auf Einladung des ÖMI waren in Berlin:

- 1980 der Baptistenpastor Miguel Torres aus Nicaragua,
- 1981 der katholische Priester Eduardo Diaz aus Kolumbien und die protestantische Laien-theologin Julia Esquivel aus Guatemala,
- 1982 der katholische Pater Miguel García aus Argentinien und der Waldenserpfarrer Carlos Delmonte aus Uruguay.

Die Besucher waren jeweils zwei bis drei Wochen in Berlin – einschließlich Ostberlins – und wurden von uns (das muß selbstkritisch angemerkt werden) häufig insofern „ausgebeutet“, als von den Gastgebern für sie jedes Mal ein dichtgedrängtes Programm erstellt wurde. Bei vielen und sehr verschiedenartigen Veranstaltungen wurden unzählige Informationen vermittelt, aber bei der Kürze des Aufenthalts und den ständig wechselnden Partnern konnten keine persönlichen Beziehungen zwischen Besuchern und Besuchten entstehen. Häufig kehrten die Besucher, die von sich selbst berichtet hatten, zurück, ohne tiefere Einblicke in die Gemeindegewirklichkeit in Westberlin gewonnen zu haben.

Deshalb wurde im ÖMI für 1984 ein anderes Konzept entwickelt. Es wurden zwei Gemeindepastoren aus Nicaragua zu einem dreimonatigen Berlin-Aufenthalt eingeladen. Die Besucher – ein Baptist und ein Pfingstler – hatten Erfahrungen in der Basisgemeindegewirklichkeit und konnten über die Rolle der Christen, Gemeinden und Kirchen im Kontext der gesellschaftlichen Veränderungen ihres Landes informieren. Da der Schwerpunkt des Programms auf der Begegnung mit Gemeinden lag, hatten wir keine „Berufsreisenden“ eingeladen, die – mit den diplomatischen Spielregeln vertraut – sich jederzeit mit glatten Formulierungen aus brenzlischen Situationen herausmanövrieren können, auch keine Professoren oder Theoretiker, sondern Pastoren, die als Betroffene parteilich reden. Wir hatten das Programm so strukturiert, daß beide über einen längeren Zeitraum hin in je einer Gemeinde beheimatet waren. Daß unser Konzept nicht voll aufging, soll nicht verschwiegen werden. Dennoch kann grundsätzlich gesagt werden, daß das Experiment gelungen ist. Die Besucher wurden mit offenen Armen aufgenommen. Man hat ihren Ausführungen Interesse entgegengebracht. Aufmerksamkeit und Verständnis für die Gäste waren allenthalben groß. Die meisten Gemeindeglieder (sowohl evangelische als auch freikirchliche und katholische) waren bereit, sich in ihren Vorurteilen korrigieren zu lassen. Schon vorhandene Solidaritätsarbeit wurde neu motiviert und gestärkt, und dort, wo noch keine bestand, sind heute

Ansätze zu einer intensiven Auseinandersetzung mit den Problemen Lateinamerikas zu erkennen. Der starke biblische Bezug in den Aussagen der Besucher und ihr offenes Bekenntnis zu Jesus Christus hat in einigen Gemeindekreisen zu einer verstärkten Beschäftigung mit der Heiligen Schrift geführt. Etwas von der lebendigen Spiritualität der Christen in Lateinamerika ist von den Nicaraguanern vermittelt worden. Vier Ortsgemeinden haben heute gute partnerschaftliche Beziehungen zu den beiden Ortsgemeinden der Besucher. In baptistischen Gemeinden in Westberlin konnten die beiden Pastoren ein starkes Interesse an der Schwesterkirche in Nicaragua wecken, in der Brüdergemeinde viel zur Erhellung der Situation und Position der moravischen Schwesterkirche in der Atlantikregion Nicaraguas beitragen.

Zwar nicht gern, aber doch gehört wurde die kritische Anfrage seitens der Besucher, ob nicht manche Solidaritätsarbeit mit der sog. Dritten Welt ein Ausweichen vor den Problemen des eigenen Kontextes sei. Die Besucher hatten Gelegenheit, etwas von den Problemen zu erfahren, mit denen sich die Ortsgemeinden in Westberlin herumschlagen. Sie können unsere Situation besser verstehen und wissen, daß sie ihre manchmal hochgespannten Erwartungen an die Hilfsmöglichkeiten der Christen in der Bundesrepublik und Westberlin auf den Boden der Realität zurückbringen müssen.

II. *Ausländische Christen unter uns*

In seinem Buch „Preußen ohne Legende“ schreibt Sebastian Haffner über Preußens „grenzenlose Fremdenfreundlichkeit und Aufnahmebereitschaft für Einwanderer und Refugiés . . . Preußen wurde im 18. Jahrhundert eine Freistatt und ein Rettungshafen für die Verfolgten, Beleidigten und Erniedrigten ganz Europas“. Zu *diesem* preußischen Erbe bekennen sich heute weder die Mehrheit der Berliner Bevölkerung noch die Regierung der Stadt. „Türken raus“ kann man an der Mauer (Westberliner Seite) auf einer Strecke von 100 Metern im Durchschnitt zehnmal lesen – Ausdruck einer zunehmenden Fremdenfeindlichkeit, die im Asylbewerber aus Asien oder Afrika zunächst eher den Kriminellen und Rauschgifthändler sieht als den Hilfesuchenden. Der Westberliner Bezirk Kreuzberg, in dem mehr Muslime als evangelische Christen wohnen, heißt im Volksmund „Klein-Istanbul“, die U-Bahn-Linie 1 hat den Namen „Türkenexpresß“, und ein Plastikbeutel ist ein „Türkenkoffer“. Das ist nicht wie sonst bei Spitznamen, die die Berliner vergeben, liebevoll-ironisch gemeint. Asylsuchende,

die über den Ostberliner Flughafen Schönefeld unkontrolliert nach Westberlin einreisen können, füllen die Übergangsheime und Sammelquartiere bis an die Grenzen der vorhandenen Kapazität. Aufgrund der restriktiven Ausländerpolitik des Berliner Senats ist der Umgang der Behörden mit den Fremden nicht von Menschenfreundlichkeit geprägt. Der verzweifelte Selbstmord des von Ausweisung bedrohten Türken Kemal Altun und der Verbrennungstod von mehreren Abschiebehäftlingen Silvester 1983 sind spektakuläre Einzelfälle, die aber das Klima gegenüber den Fremden in Berlin kennzeichnen. Selbstverständlich gibt es auch gern gesehene Ausländer in Berlin, US-Amerikaner z.B., Westeuropäer, Skandinavier. Auch Griechen, Armenier, Polen, Jugoslawen, Italiener erfreuen sich in der Regel allgemeinen Wohlwollens. Islamische Türken, Tamilen, Libanesen, Ghanaer u.a. sind nicht nur ungeliebt; viele Berliner wollen sie nicht mehr in der Stadt haben.

In diesem Klima bekennt sich der Ökumenische Rat Berlin zum Auftrag der Christen, sich des Fremden anzunehmen, für seine Rechte einzutreten, ihm zugute zu handeln. Er begrüßt es, daß ausländische Christen in großer Vielfalt in Berlin leben und hier Gemeinden gegründet haben. Wiederholt hat sich der ÖRB bei staatlichen Stellen für syrisch-orthodoxe und armenische Asylbewerber eingesetzt. Verschiedene Mitgliedskirchen des ÖRB haben gegen die Abschiebung von Ausländern in Krisengebiete (z.B. in den Libanon) protestiert.

Auf der Ebene der Ortsgemeinden bestehen vielfältige Kontakte zu den ausländischen Christen in Berlin. Ökumenische Gottesdienste mit Ausländern haben wegen ihrer Häufigkeit längst den Charakter des Exotischen verloren. Zweimal im Jahr lädt der Ökumenische Rat Berlin gemeinsam mit dem Berliner Missionswerk alle ausländischen Christen ein.

Im Rahmen der Gebetswoche für die Einheit der Christen im Januar wird seit einigen Jahren ein Gebetsgottesdienst mit den ausländischen Christen gefeiert. Zehn bis zwölf ausländische Gemeinden beteiligen sich jeweils daran. Sie informieren dabei über ihre eigene Situation, beten mit- und füreinander. Aus diesen Gottesdiensten sind gute Kontakte der ausländischen Gemeinden untereinander entstanden. Die Erkenntnis, nicht allein in einer schwierigen Minderheitensituation zu stehen, sondern „Leidens- und Lebensgenossen“ aus anderen Ländern zu haben, hat sie jeweils gestärkt und ihnen bei ihren Integrationsbemühungen geholfen.

Besonders bei der Vorbereitung und Durchführung des „Festes der Völker“ sind die Beziehungen der ausländischen Christen zueinander enger geworden. Zum „Fest der Völker“, das 1985 zum vierten Mal stattfindet,

kommen rund 500 Besucher. Das Fest will ein Beitrag zum Frieden in der Stadt sein, und 1983 hat der damalige Regierende Bürgermeister R. von Weizsäcker es als ein „großes und wichtiges Ereignis für die Stadt Berlin“ bezeichnet.

Das Fest geht auf eine Anregung der ausländischen Gemeinden zurück. Das BMW und das ÖMI haben ihren technischen Apparat und ihre Mitarbeiter zur Verfügung gestellt, damit aus der Idee Wirklichkeit werden konnte. Das Fest beginnt jeweils mit einem ökumenischen Gottesdienst; denn das Band, das die Menschen aus den verschiedenen Völkern mit so unterschiedlichem kulturellen und historischen Hintergrund verbindet, ist das gemeinsame Bekenntnis zu Jesus Christus.

Bei einem gemeinsamen Essen, zu dem die Gemeinden kulinarische Köstlichkeiten, die für ihr Land typisch sind, vorbereiten, kommt es zu zwanglosen Gesprächen und freundschaftlichen Begegnungen. In einem reichhaltigen Rahmenprogramm haben die Gemeinden die Möglichkeit, mit den Mitteln der Chor- und Instrumentalmusik, der Pantomime und des Volkstanzes etwas von ihrer kulturellen Identität sichtbar zu machen. Dann wird das Bild durch die unterschiedlichen Volkstrachten bunt, und dem einheimischen Betrachter wird sinnfällig, daß die unter uns lebenden Ausländer eine Bereicherung und nicht eine Last sind. Das Fest der Völker hat natürlich den berechtigten Selbstzweck, daß Ausländer und Deutsche unbeschwert miteinander feiern und fröhlich sein können. Es hat aber das *Ziel*, einer – wenn auch begrenzten – Öffentlichkeit deutlich zu machen, daß wirkliche Integration der Ausländer nur gelingen kann, wenn diese ihre Identität bewahren.

Was dem ÖRB im Blick auf die christlichen Ausländer gelungen ist, nämlich ihnen das Gefühl der Akzeptanz zu geben, das liegt im Blick auf die viel größere Gruppe der *nichtchristlichen* Ausländer noch in weiter Ferne.

Klaus Schimpf

III. Fraternal Worker-Programm in Berlin

Daß Ökumene sich oft abseits vom Lärm der Straßen, ohne großes Allovertrium und dennoch sehr wirksam ereignen kann, erfahren wir des öfteren. Ein Beispiel für diese unauffällige Art des ökumenischen Lebens ist das Fraternal Worker-Programm in Berlin. Es begann durch eine Initiative des ÖRK, der ab 1947/48 junge Christen aus den USA, England, der Schweiz, Skandinavien und Holland in das zerstörte Deutschland schickte, wo sie

nicht nur beim Wiederaufbau der Gemeinden mithelfen, sondern nach dem Grauen der Nazizeit und des Krieges uns Deutschen die Hand zur Versöhnung reichten. Die meisten der „frühen“ Fraternal Worker-Generation waren junge Theologen. Sie halfen bei der Verteilung von Nahrungsmitteln und Kleidung, bei der Suche nach Vermissten und der Betreuung in den Flüchtlingslagern. Als 1961 die Mauer gebaut wurde, verringerte sich der Flüchtlingsstrom drastisch. Außerdem hatte sich das westdeutsche „Wirtschaftswunder“ ereignet, an dem auch die Kirchen teilhatten. Die Befriedigung materieller Bedürfnisse war jetzt nicht mehr das Wichtigste.

Glücklicherweise erkannte die Westberliner Evangelische Kirche den Reichtum, der ihr mit der Anwesenheit junger ausländischer Christen in ihrer Mitte geschenkt worden war. Sie übernahm nun die Kosten für den Aufenthalt der Fraternal Worker in den Gemeinden. Diese nahmen die ökumenischen „geschwisterlichen Mitarbeiter“ in ihre Teams dankbar auf und erfuhren von ihnen Hilfe und Anregung in praktisch allen Arbeitszweigen. Seit 1979 existiert in West-Berlin eine „Ordnung des Fraternal Worker-Programms“, das seitdem offiziell von der Evangelischen Kirche Berlin (West) und dem Ökumenischen Rat Berlin getragen wird.

Es ermöglicht jeweils zwölf jungen Menschen im Alter von 20 bis 30 Jahren, für zwei oder drei Jahre in einer Berliner Gemeinde mitzuarbeiten und dadurch die „Ökumene an der Basis zu fördern“. Von dieser Möglichkeit haben innerhalb der letzten sechs Jahre 43 junge Christen aus 13 Ländern und fünf Kontinenten Gebrauch gemacht, die 22 verschiedenen Kirchen angehörten. Die meisten von ihnen kamen aus den USA (28), wo freiwillige Tätigkeit im Rahmen von Kirchen oder Friedensorganisationen als feste Tradition verankert ist.

Fraternal Worker aus anderen Ländern sind zahlenmäßig schwächer vertreten gewesen (je zwei aus Tansania, England und der Schweiz, je einer aus Australien, Äthiopien, Südafrika, Indien, Kanada, Jamaika, Portugal, Schweden und Ungarn), sie haben aber oftmals in der Fraternal Worker-Gruppe wie das Salz in der Suppe gewirkt.

Das kirchliche Spektrum erstreckt sich von Gliedern schwarzer Pfingstkirchen in England über amerikanische Presbyterianer, Methodisten, Mennoniten bis hin zur Mekane Yesus, zur Syrisch-Orthodoxen und zur Römisch-katholischen Kirche, um nur einige zu nennen.

Welch großartige Lernmöglichkeiten Berliner Gemeinden dadurch geschenkt wird, daß sie zwei oder manchmal drei Jahre Menschen in ihrer Mitte haben, die aus einem anderen Land, einer anderen Kirche mit ver-

schieden geprägter Frömmigkeit und Struktur, aus anderen kulturellen und sozialen Zusammenhängen kommen!

Leider konnten bisher nur landeskirchliche Gemeinden davon profitieren. Der Einsatz in freikirchlichen Gemeinden ist bis jetzt vor allem an finanziellen Problemen gescheitert; denn obwohl die Fraternal Worker mit knapp 1000,- DM/Brutto im Monat auskommen müssen, bedeutet auch dieser Betrag für die meisten Freikirchen eine zu große Belastung.

Dabei könnten wahrscheinlich einige Probleme, die in den großen volkskirchlichen Gemeinden entstehen, in den kleineren Freikirchen vermieden werden. Denn alle Fraternal Worker (mit Ausnahme unserer Schwedin) kommen aus „Freikirchen“, in denen die Gemeinden klein und überschaubar sind, in denen ehrenamtliche Mitarbeit großgeschrieben wird und der Pfarrer oft als einziger seinen Dienst hauptamtlich versieht. Die Gemeinde trägt dort viel mehr den Charakter einer großen Familie, die im Sonntagsgottesdienst ihr Zentrum sieht und in der man Geborgenheit und Vertrautheit erfährt.

Auf diesem Hintergrund wird der Eintritt in eine unserer großen Gemeinden mit 12000 Seelen, drei Pfarrern, zwei Kindergärten und 30 Mitarbeitern oft als Schock erfahren, besonders wenn von den Mitarbeitern und von den 12000 Gliedern der Gemeinde nur wenige am sonntäglichen Gottesdienst teilnehmen. Die Eingewöhnung in diese Situation – oft zusätzlich erschwert durch ungenügende Sprachkenntnisse – erfordert auf seiten des Fraternal Workers beträchtliche Reife und emotionale Stabilität sowie den Willen und die Fähigkeit, sich Neuem zu öffnen und die eigenen Maßstäbe zu relativieren. Aber auch von der Gemeinde wird mindestens in den Personen des Projektleiters und des Mentors ein erhebliches Maß an Zeit und Einfühlungsvermögen verlangt; denn nicht nur bei der Überwindung bürokratischer Klippen ist Hilfestellung notwendig, sondern auch bei der Einführung in die Arbeit, der Herstellung von Kontakten, der Erklärung geschichtlicher und sozio-kultureller Zusammenhänge.

Wo man sich Zeit und Geduld füreinander nimmt, lohnt es sich jedoch für beide Seiten. Die Fraternal Worker erinnern unsere Mitarbeiter oft unausgesprochen daran, daß die Arbeit in der Kirche kein „Job“ wie jeder andere ist, sondern einer bestimmten Motivation und Überzeugung entspringen sollte, deren Spiegelung sie in einer geschwisterlichen, „christlichen“ Atmosphäre in der Gemeinde erwarten. Daß diese oft fehlt oder in der Hektik des Gemeindebetriebs unterzugehen droht, gehört zu den schmerzlichen Erfahrungen der Fraternal Worker. Manchmal bewirkt ihre

Anwesenheit jedoch, daß man sich in den Gemeinden der eigenen Betriebsblindheit bewußt wird und seine eingefahrenen Verhaltensweisen in Frage stellt.

Jugendliche und Kinder reagieren oft mit spontaner Sympathie auf die Fraternal Worker (etwa zwei Drittel arbeiten mit Kindern und Jugendlichen), weil sie deren „Fremdheit“ als exotisch empfinden, ihre Offenheit sie anspricht und die Fraternal Worker häufig kreative Ideen und künstlerische Fähigkeiten aller Art (Pantomime, Handpuppen, Malerei, Musik) in das Gemeindeleben einbringen.

Natürlich kommt es zuweilen auch zu Spannungen: wenn etwa ein junger US-Amerikaner aus einer Kleinstadt im Mittelwesten auf eine politisch engagierte Jugendgruppe trifft, die mit ihrer Kritik an der gegenwärtigen Politik der Regierung der USA nicht zurückhält. Aber gerade dieses spannungsvolle Miteinander zahlt sich in den meisten Fällen aus. Die jungen Berliner erfahren etwas über die gewaltigen Ausmaße und komplizierten politischen und sozialen Verhältnisse der USA; der amerikanische Mitarbeiter lernt verstehen, warum junge Menschen sich der Friedensbewegung anschließen, und erkennt, daß sie nur dem oberflächlichen Betrachter als „anti-amerikanisch“ erscheinen kann.

Die politische Horizonszerweiterung ist neben der ökumenischen Erfahrung wahrscheinlich der größte Gewinn, den Fraternal Worker aus dem Programm ziehen können. Die Lage West-Berlins ermöglicht Besuche in Ost-Berlin oder der DDR, gibt Gelegenheit zu Kontakten mit den Partnergemeinden im anderen Teil der Stadt, lädt ein zur eigenen Information über Situation und Leben jenseits des „Eisernen Vorhangs“. Fast alle Fraternal Worker nutzen diese Möglichkeiten intensiv und berichten über ihre Erfahrungen im „sozialistischen Lager“ in Briefen nach oder bei Besuchen zu Hause. Ein kleiner, aber nicht unwichtiger Beitrag zum Abbau von Klischees und Feindbildern.

Der Zusammenhalt in der Fraternal Worker-Gruppe ist meistens sehr gut: 1. wegen der gemeinsamen Beauftragung und Situation, 2. aber auch, weil gerade ihre Altersgruppe in unseren Gemeinden nur spärlich vertreten ist. Einwöchige Seminare in Westdeutschland, meistens mehrmalige monatliche Treffen mit der Koordinatorin des Programms, gemeinsam vorbereitete und durchgeführte Gottesdienste erzeugen Zusammengehörigkeit und Vertrautheit, die um so beglückender sind, je mehr an unterschiedlichen Traditionen, Kulturen und kirchlichen Prägungen in sie eingegangen ist.

Diese Art Ökumene macht Spaß und erfrischt. Man kann sich nur wünschen, daß sie sich noch bunter zusammensetzt, also z. B. mehr junge Menschen aus sozialistischen Ländern oder aus der Dritten Welt am Fraternal Worker Program teilnehmen; und daß auch junge Leute aus unseren Gemeinden die Gelegenheit ergreifen, als Fraternal Worker in einem anderen Land in einer anderen Kirche mitzuarbeiten.

Unser „Revers-Programm“ steht gerade erst am Anfang. Bisher hat eine junge Berlinerin im Rahmen der United Church of Christ in einem kalifornischen Tagungszentrum mitgearbeitet. Ein junger Katechet wird als Fraternal Worker für zwei Jahre an einem Programm der United Methodist Church in den USA teilnehmen.

Der Gottesdienst, den die Fraternal Worker in diesem Jahr gemeinsam vorbereiten und feiern wollen, steht unter dem Thema der Einheit des Leibes Christi in den verschiedenen Gliedern (1 Kor 12). Ihre Präsenz in unseren Gemeinden ist ein lebendiges Zeugnis für diese Einheit in der Vielfalt. Wir sind dafür dankbar.

Helga Krüger-Day